

„Vor einem großen Walde wohnte ein einkommensschwacher Holzhacker, der hatte weniger als sechzig Prozent des deutschen Medianeinkommens“ – so müsste heute eine sozialstatistisch korrekte Fassung von *Hänsel und Gretel* beginnen. Über diesen Beginn hinaus käme der Erzähler aber wohl kaum; denn Märchen müssen verständlich und anschaulich formuliert sein, also: „Vor einem großen Walde wohnte ein armer Holzhacker, der hatte nichts zu beißen und zu brechen und kaum das täglich Brot für seine zwei Kinder“ (Brüder Grimm, *Kinder- und Hausmärchen*, 1819).

Die Armen in Grimms Märchen hungern, frieren und sind verzweifelt. Diese existenzielle Not hat der Sozialstaat beseitigt: Die Armen von einst müssen nicht mehr betteln, sondern bekommen vom Staat ein Transfereinkommen, das ihre materielle Existenz sichert, auch wenn es Konsumbedürfnisse wie Urlaubsreisen oder Restaurantbesuche in der Regel nicht abdeckt. Wenn nun die Bundesregierung in ihrem *Dritten Armuts- und Reichtumsbericht* feststellt, im Jahr 2005 hätten dreizehn Prozent der Bevölkerung Deutschlands „in Armut gelebt“, dann liegt hier ein rein einkommensstatistischer Armutsbegriff vor: Wer einen bestimmten Prozentwert, hier: sechzig Prozent, des durchschnittlichen Nettoeinkommens unterschreitet, gilt politisch als „arm“. Die so definierte „Armutsgrenze“ lag 2005 für Alleinlebende bei monatlich 781 Euro und 2007 bei 890 Euro.

Mit der normalen Wortbedeutung von *arm* hat dieser sozialpolitische Armutsbegriff nichts zu tun: *arm* und sein Gegensatz *reich* dienen hier als Fahnenwörter, um eine sozialpolitische Verteilungsdebatte zu emotionalisieren und Argumente durch Symbole zu ersetzen. Dass es in Deutschland, wie in jeder Gesellschaft, unter- und überdurchschnittliche Einkommen gibt, ist selbstverständlich. Ein *Einkommensverteilungsbericht* würde in der Öffentlichkeit deshalb kaum Beachtung finden. Ein *Armuts- und Reichtumsbericht* hingegen wirkt wie eine Anklageschrift: Man kann damit eine *Nationale Armutskonferenz* einberufen, Gelder für *Armutsforschung* bereitstellen und das *Armutproblem* auf die politische Agenda setzen mit der Forderung: „Die Reichen sollen zahlen!“

Dass die meisten dieser *Reichen* – für Ledige liegt die Reichtumsgrenze derzeit bei monatlich knapp 3500 Euro netto – nicht wie im Märchen „in Saus und Braus“ leben und auch nicht im Wortsinne *reich* sind, nämlich „wohlhabend, vermögend, viele Güter besitzend“, sondern nur ein etwas überdurchschnittliches Einkommen haben, spielt hier keine Rolle: Mit den statistischen Begriffen *unter- und überdurchschnittliches Einkommen* lässt sich wenig Politik machen. Die Symbolwörter *arm* und *reich* sind medial viel schlagkräftiger, sie produzieren eine Reality, die bei Wahlen erfolgreicher sein kann als die Wirklichkeit.